



Information gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Sie erhalten diese Information, da das Regierungspräsidium Kassel im Rahmen der Erledigung seiner aufgrund von Ermächtigungsgrundlagen zugewiesenen Zuständigkeiten entsprechenden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet.

1. Verantwortlichkeit

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist das Regierungspräsidium Kassel, Am Alten Stadtschloss 1, 34117 Kassel, Telefon: +49 561 106 0, Telefax: +49 611 32764 1611, E-Mail: poststelle@rpks.hessen.de.

2. Die oder der Datenschutzbeauftragte des Regierungspräsidiums Kassel

Die oder der Datenschutzbeauftragte des Regierungspräsidiums Kassel

Am Alten Stadtschloss 1
34117 Kassel

dsb@rpks.hessen.de.

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt nach den §§ 22 und 23 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) sowie §§ 36, 38, 76 und 78 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) und ist für die Bearbeitung Ihres Antrages zur Errichtung baulicher Anlagen und anderer Maßnahmen in, an, über oder unter Gewässern und/oder im Uferbereich/Gewässerrandstreifen bzw. in Überschwemmungsgebieten erforderlich.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre personenbezogenen Daten werden grundsätzlich nur durch das Regierungspräsidium Kassel verarbeitet.

Soweit dies im Rahmen der Bearbeitung erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten gegenüber natürlichen Personen oder Behörden offengelegt. In Betracht kommen im Regelfall Drittbetroffene, Gerichte sowie die HZD als Auftragsverarbeiter.

5. Speicherdauer und –fristen

Zur Bestimmung des Zeitpunkts der Datenlöschung beachtet das Regierungspräsidium Kassel die Aufbewahrungsfristen, die im Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen festgelegt sind.

Sämtliche Fristen beginnen mit Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung Ihrer Angelegenheit abgeschlossen ist.



6. Ihre Rechte

Nach Art. 15 DS-GVO können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen. Nach Art. 16 DS-GVO haben Sie das

Recht auf Berichtigung. Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO haben Sie das

Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Ein Recht auf Löschung kommt allerdings nicht in Betracht, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist bzw. zur Wahrnehmung einer Aufgabe dient, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, Art. 17 Abs. 3 lit. b) DS-GVO. Art. 18 Abs. 1 DS-GVO gewährt unter den dort aufgeführten Voraussetzungen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung.

Das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO besteht nach § 35 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes nicht, soweit eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verpflichtet.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie das Recht auf Beschwerde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO bei der Aufsichtsbehörde, dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden. Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass datenschutzrechtliche Vorschriften bei der Verarbeitung Ihrer Daten nicht beachtet worden sind.

7. Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist zur Bearbeitung Ihres Antrages erforderlich.

Die Nichtbereitstellung kann für Sie Nachteile haben (Antrag kann nicht bearbeitet werden).